

JAPAN

# Der Kampf um Post und Posten



Koizumi auf dem Weg zu einem neuen Mandat.

(Foto: privat)

**Der japanische Premierminister Koizumi nutzt die Niederlage bei der Abstimmung über die Postreform, um sich seiner parteiinternen Widersacher zu entledigen.**

Nach einer persönlichen Niederlage beschließt der japanische Ministerpräsident, Junichiro Koizumi, das Parlament neu wählen zu lassen. Auf den ersten Blick scheint er nachzuahmen, was der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder im Mai nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vorge-macht hat. Nachdem das Oberhaus das Gesetz zur Re-form der Post abgelehnt hat-te, löste er das Unterhaus auf und setzte für den 11. Sep-tember Neuwahlen an.

Bei genauerem Hinsehen überwiegen indes die Unter-schiede. So bleibt in Japan viel weniger Zeit bis zum Wahltermin. Andererseits war die Entscheidung dort auch weniger überraschend. Be-reits vor seiner Niederlage hatte Koizumi diese Konse-quenz in Aussicht gestellt. Die AbweichlerInnen im Oberhaus wussten also, dass sie den Bestand ihrer Regie-rung riskierten. Auch werden vorzeitige Neuwahlen in Ja-pan als weit weniger dramati-sches Ereignis wahrgenom-men als in Deutschland. Im-merhin werden es die 23. Wahlen zum Unterhaus seit 1946 sein.

Koizumis Gesetzesvorha-ben sah im Wesentlichen für die Post gleiche Wettbe-werbsbedingungen wie für den Privatsektor vor. Die drei Geschäftsbereiche Post, Bank und Versicherung sollten auf-geteilt und privatisiert und die Aktien auf dem freien

Markt verkauft werden. Die Post ist der letzte große Staatsbetrieb, der noch nicht einmal teilweise privatisiert worden ist.

Bereits Mitte der achtziger Jahre waren die staatliche Ta-bakgesellschaft, die Bahn, die Fluggesellschaft Jal und die Telekommunikationsge-sellschaft NTT an der Reihe. In den fünf Regierungsjahren Koizumis gab es eine zweite, kleinere Welle. Gegen viel Wi-derstand aus der eigenen Par-tei konnte er die Privatisie-

rung der Autobahnen durch-setzen, auch die staatlichen Universitäten wurden teilwei-se privatisiert.

Meist handelte es sich je-doch um defizitäre Unterneh-men, die der Staat rasch los-werden wollte. Bei der Post ist die Lage anders. Sie ist mit ihren drei Teilbereichen für den japanischen Staat kein Verlustunternehmen. Im Ge-genteil, die Regierung nutzt die Einlagen der SparerInnen bei der Postbank zur Finan-zierung von staatlichen Vor-

haben. Die der Postbank zur Verfügung stehenden Mittel dienen so dem Staat als eine Art zweiter Haushalt neben dem regulären Jahresbudget. Die so finanzierten Ausgaben müssen nicht vom Parlament abgesegnet werden. Es über-rascht daher nicht, dass öf-fentliche Prestigeprojekte häufig aus diesem Topf be-zahlt werden.

## Abrechnung in der LDP

Diese Praxis ist wiederum eng mit der langen Herrschaft der Liberaldemokratischen Partei (LDP) verbunden. Ab-geordnete sichern sich ihre Wiederwahl, indem sie ihrem Wahlbezirk aus öffentlichen Geldern finanzierte Projekte zukommen lassen. Und diese sind eben besonders leicht dem gut versteckten zweiten Haushalt zu entnehmen.

Wenn nunmehr Koizumi die Postbank aus dem öffentli-chen Sektor entfernen will, ist dies in erster Linie ein Ver-such, die eigene Partei zu re-formieren. Er greift also mit der Postreform einmal mehr die Verwicklung von Politik und Staatsbürokratie an, zu-mindest rhetorisch sein Lieb-lingsthema seit dem Amtsan-tritt. So hat er auch bei der Postreform stets versucht, in der Öffentlichkeit möglichst wenig über Inhalte des Geset-zes zu reden, und stattdessen gebetsmühlenartig den Dua-lismus von "Reformern" und "Blockierern" bemüht.

Damit scheint er erstaun-lich erfolgreich zu sein. Ha-ben ausländische Kommenta-toren nach der Abstimmung schon ein baldiges Ende der Ära Koizumi vorhergesagt, stellt sich die Lage in den ja-panischen Medien mittlerwei-le anders dar.

Der Partei- und Regierungs-chef hat in kürzester Zeit die denkbar härteste Bestrafung der von den Medien schon zur "Rebellengruppe" stili-sierten AbweichlerInnen durchgesetzt. Die 37 Mitglie-der seiner Partei, die im Un-terhaus die Postreform abge-lehnt haben, wurden zu-nächst vom parteiinternen "Komitee für Ethik in der Poli-tik" gezwungen, bis zum 10. August eine schriftliche Stel-

lungnahme abzugeben. Wer sich nicht von seiner bisheri-gen Haltung distanzierte, darf nicht für die LDP zur Wahl im September antreten.

Die Parteiführung sorgt zu-dem dafür, dass in jedem ein-zelnen der 37 Wahlkreise Ver-treterInnen der Linie Koizu-mis als Konkurrenz zu den "VerräterInnen" antreten. Das hat bei den AbweichlerInnen zu Wutausbrüchen und zur Rede von einer "Politik der ge-zielten Tötungen" geführt. Of-fenkundig wird ein Gutteil der linientreuen Parteiprominenz eigens in andere Wahlkreise versetzt, um die Wiederwahl der AbweichlerInnen zu ver-hindern.

Koizumis scheinbar suizi-dale Entscheidung ist also eher ein Versuch, die dissi-denten "Blockierer" aus der Partei zu drängen und trotz dieser personellen Schwä-chung die Wahl zu gewinnen. Sollte ihm dies gelingen, wür-de es bessere Voraussetzun-gen für eine wirksame und weitreichende Parteireform schaffen, die auch der tradi-tionellen Aufsplitterung der LDP in Interessengruppen ein Ende machen könnte. Die Anti-Reform-Fraktion hat ihre vor der Abstimmung kur-sierenden Pläne, eine neue Partei zu gründen, mittler-weile wegen der knappen Zeit bis zu den Neuwahlen auf-gegeben.

Besiegen muss Koizumi je-doch nicht nur die innerpar-teilichen Gegner, sondern auch die einzig verbliebene bedeutende Oppositionspar-tei, die Demokratische Partei Japans (DPJ). Ihr größtes Pro-blem ist derzeit, dass sie nur in der Außenpolitik von der LDP wirklich abweichende Positionen vertritt.

Innenpolitisch hat sie stets versucht, sich als die eigentli-che "Reformkraft" zu präsen-tieren - dumm nur, dass sie ge-schlossen gegen die Postre-form gestimmt hat, so dass die LDP sie nun leicht als "Blockierer" darstellen kann. Betrachtet man das Me-dienecho unmittelbar nach der Entscheidung für Neu-wahlen, scheint Koizumis Rechnung bereits aufgegan-gen zu sein.

Nirgends wird über die po-litischen Inhalte und Ziele der DPJ gesprochen. Stattdessen findet sich durchgehend das Leitmotiv: "Der mutige Refor-mer Koizumi kämpft gegen Beharrungskräfte in seiner ei-genen Partei." Dem stellver-tretenden Parteivorsitzenden der DPJ wurde die Sache in der vorigen Woche zu bunt. Kurz entschlossen schickte er ein Fax an die wichtigsten Zei-tungen, in dem er sich über die einseitige Berichterstat-tung, die "nur Nachrichten aus der LDP zuneige", be-schwerte. "Bitte berichten Sie fortan gerecht und fair!"

**Hans-Martin Krämer**

*Hans-Martin Krämer ist Historiker und Japanologe. Nach einem mehrjährigen Studienaufenthalt in Japan, ist er zur Zeit wissenschaft-licher Mitarbeiter an der Fakultät für Ostasienwissenschaften der Ruhr-Universität Bochum.*



Parlamentarismus mit körperlichem Einsatz - hier bei der Abstimmung über eine Beteiligung am Irakkrieg im Juli 2003. (foto: Internet)